

SPANIEN

Ausgedient und abgeschoben

Text und Foto: Annika Müller

Lange Zeit wurden die Arbeitsmigranten als Motor des spanischen Wirtschaftswachstums gepriesen. Seit Beginn der Krise versucht man sie nun loszuwerden. Abschiebungen wurden erleichtert, weiterer Zuzug erschwert. Bei einer Arbeitslosenrate von über 23 Prozent verdrängen Einheimische die migrantischen Arbeitskräfte aus bisher unattraktiven Jobs.

Die Provinz Lleida in Katalonien ist eines der wichtigsten Obstanbaugebiete in Nordspanien. Wo die Pyrenäenausläufer in die „Große Ebene von Lleida“ übergehen, erstrecken sich riesige Apfel-, Birnen und Pfirsichfelder. In den höheren Lagen wachsen Mandeln und Oliven. Zwischen den symmetrischen Reihen zurechtgestutzter Apfelbäume steht - rotbackig wie seine Früchte und in Gummistiefeln - Obstbauer Xavier Martínez, Herr über 47 Hektar Apfel- und Birnbäume. 23 Hilfsarbeiter, überwiegend aus dem Senegal, schneiden bei frostigen Temperaturen die kahlen Äste zurück. Sie leben das ganze Jahr über auf der Obstplantage „El Massip“. Etwa 40 zusätzliche Erntehelfer benötigt Martínez normalerweise in den Erntemonaten September und Oktober. Im vergangenen Jahr musste er den Stab jedoch um ein Drittel reduzieren und den Lohn herabsetzen. Er hatte Kredite aufgenommen, um sich Maschinen zu kaufen. Nun machen die Banken Druck.

Gleichzeitig werden jedoch die Schlangen derjenigen, die bei Martínez Arbeit suchen, immer länger. Und darunter sind längst nicht mehr nur Migranten, sondern auch arbeitslose Einheimische. Das ist eine neue Entwicklung. „Kein Spanier, erst recht kein junger Spanier, wollte in den vergangenen 20 Jahren in der Landwirtschaft arbeiten“, so Martínez. Ohne die Hilfe von Feldarbeitern aus dem Maghreb und Nordafrika hätte Martínez seinen Hof nicht halten können. Sein Dorf Vilanova de la Sal leidet - wie alle ländlichen Regionen in Spanien - seit den Achtzigerjahren an Entvölkerung und Vergreisung. Doch mit der Krise, die das Leben in der Stadt für viele unbezahlbar machte, kommen die jungen Leute wieder in ihre Heimatorte zurück, um bei der Ernte mitzuhelfen - und verdrängen die Migranten.

So wie Martínez schätzten viele Spanier die Arbeit der Einwanderer auf den Feldern und Baustellen des Landes in der Vergangenheit sehr. „Den anhaltenden Boom können wir nur mit Einwanderern stemmen“, sagte noch im Jahr 2007 Miguel Sebastián, damals Wirtschaftsberater des ehemaligen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero und legte einen Bericht vor, demzufolge Spanien von den Einwanderern wirtschaftlich enorm profitiert habe. Jedermann akzeptierte, dass das Land für das enorme Wirtschaftswachstum seit den Achtzigerjahren billige Arbeitskräfte

brauchte, die bereit waren, schwere körperliche Arbeit für wenig Geld zu verrichten.

Noch im Jahr 2005 hat Zapatero daher in einer Legalisierungsaktion des Staates 800.000 illegalen Einwanderern eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erteilt. Bis zum Jahr 2008 wurden jährlich zusätzlich rund 180.000 saisonale Arbeitskräfte legal ins Land geholt. Landwirte und Bauherren riefen nach immer mehr Arbeitern. Und die kamen: Waren im Jahr 1998 nur etwas über ein Prozent der Bevölkerung Migranten, machten diese zehn Jahre später schon rund zwölf Prozent aus - Illegale unberücksichtigt.

Seit der spanische Boom zuerst durch das Platzen der Bau- und Immobilienblase, dann durch die Weltfinanzkrise jäh beendet wurde, hat sich das Blatt gewendet: Bereits Anfang 2009 waren über zwei Millionen Migranten in Spanien arbeitslos. Einwanderer seien doppelt so oft wie Einheimische von Arbeitslosigkeit betroffen, berichtet die Internationale Organisation für Migration (IOM). Vor allem Einwanderer ohne Papiere hätten in Spanien keine andere Wahl als zu unwürdigen Bedingungen und für Hungerlöhne zu schuften.

„Viele meiner Erntehelfer haben in anderen Betrieben unter unmenschlichen Bedingungen gearbeitet. Sie bekamen drei oder vier Euro in der Stunde und haben bis zu zehn Stunden am Tag hart gearbeitet“, berichtet

Obstbauer Martínez. Er habe gehört, dass die Stundenlöhne nun in manchen Fällen auf einen Euro gesunken seien. Die Anstellung von illegalen Migranten war bislang ein profitables Geschäft, da keine Steuern und Sozialversicherungsabgaben anfielen. Doch das Risiko ist gestiegen. Polizeikontrollen in den Betrieben nehmen zu. Auf Beschäftigung von Illegalen drohen nun hohe Geldstrafen. Und da nun auch legale Arbeiter bereit sind, Hungerlöhne zu akzeptieren, lohnt es sich nicht mehr, die Strafe für eine Anstellung von Papierlosen zu riskieren. Die Illegalen gehen leer aus.

Da nun auch legale Arbeiter bereit sind, Hungerlöhne zu akzeptieren, lohnt es nicht mehr, die Strafe für eine Anstellung von Papierlosen zu riskieren.

„Die Situation ist so schlimm wie noch nie“, erklärt Ibrahim, der mit seinem Freund Moussa vor 25 Jahren mit den ersten großen Immigrantenzug aus dem afrikanischen Gabun nach Spanien gekommen ist. Gemeinsam mit Hunderten anderer Einwanderer schliefen sie während der ersten zwei Jahre auf einem Fußballfeld bei Almería und folgten dann dem damals entstehen-

Migranten sind im Schnitt doppelt so häufig von der Arbeitslosigkeit in Spanien betroffen: Unser Bild zeigt einen aus dem Senegal stammenden Straßenbauarbeiter in der katalanischen Stadt Balaguer.



den gewaltigen Binnenmigrationszyklus: Im Frühjahr zum Erdbeerpflücken nach Andalusien, im Sommer auf die Gemüsegelder, im Herbst gen Nordspanien zur Apfelernte, anschließend in die Mandel- und Olivenhaine des ganzen Landes, zum Jahresende wieder gen Süden, um dort den Winter in den heiß-feuchten Plastikröhren der „Invernaderos“, den riesigen Gewächshäusern, zu verbringen. So oder so ähnlich sah in den vergangenen dreißig Jahren der Kalender zigtausender Wanderarbeiter aus. Doch seit Beginn der Krise bekamen die Arbeitsnomaden, wohin sie auch zogen, nur noch Absagen.

Ibrahim und Moussa hatten indes Glück. Sie konnten sich im Jahr 2000 bei einer der ersten großangelegten Einbürgerungsaktionen der Regierung legalisieren lassen, betreiben ein kleines Internetcafé in der katalanischen Kleinstadt Balaguer und können mit offiziellen Reisepässen ihre Familie in der Heimat besuchen. Mit ihrem Internet- und Callshop, an dem in letzter Zeit arbeitslose Schwarzafrikaner oft Schlange stehen, um im Internet nach Jobangeboten zu suchen und in ihre Heimat zu telefonieren, sind Ibrahim und Moussa genau genommen sogar Krisengewinnler. Doch freuen kann sich Moussa darüber nicht: „Viele unserer Freunde machen sehr schwere Zeiten durch“.

In Moussas Wohnung kann man am späten Abend keinen Schritt gehen, ohne über sitzende oder liegen-

de Menschen zu steigen. Rund 20 Personen haben in den beiden Zimmern und im Flur provisorische Nachtlager auf dem Fußboden bezogen. Moussa nahm zuerst Freunde und Verwandte auf, dann auch deren Freunde und Verwandte. Eine kräftig gebaute Frau bereitet in der Küche Milch für einen Säugling vor. „Ich bin der einzige, der auch nur einen Cent verdient“, sagt Moussa und runzelt sorgenvoll die Stirn.

„Die guten Netzwerke der Einwanderer fangen derzeit viele auf, denen der Sturz in die Verelendung droht“, betont Mamadou Baldei, der im Senegal und in Frankreich Soziologie studierte und sich auf Migrationsfragen spezialisiert hat. Auch der 34-jährige spendiert von seinem Lohn Lebensmittel für Landsleute und Freunde. „Wer weiß, vielleicht bin ich nächstes Jahr auch auf die Hilfe anderer angewiesen“, sagt Baldei.

Das Rote Kreuz, das sich vor allem in den Städten um obdach- und mittellos gewordene Illegale kümmert, nennt die Situation äußerst besorgniserregend. Doch der Organisation fehlen die Mittel, um Abhilfe zu leisten. Aus den unzählbaren halbfertigen Rohbauten, die langsam verfallen, sind in diesem besonders kalten Winter allerorten in Spanien Notunterkünfte geworden. Hütten aus Plastikabfällen oder Scheunen dienten ebenfalls als Winterquartier.

Unterstützung vom Staat, der kaum seine Beamtengehälter zahlen

kann und spart, wo es nur geht, können Einwanderer nicht erwarten. Madrid versucht vielmehr seit 2009 mit Hilfe von Rückführungsprogrammen und neuen Gesetzen, die Geister, die es rief, wieder loszuwerden. Nach mehrjährigem Ringen wurde in Spanien im April 2011 eine neue Ausländergesetzgebung verabschiedet, die nicht nur die illegale Einwanderung weiter erschwert, sondern auch die Abschiebung erleichtert.

Einwanderer, ob mit oder ohne Papiere, gelten neuerdings als potenzielle Bedrohung des gesellschaftlichen Friedens im Land. Dies hält auch Miquel Angel Aguilà Barril, bis zum Jahr 2011 über 25 Jahre lang Bürgermeister von Balaguer, für bedenklich. Mindestens ein Viertel der 18.000 Einwohner seiner Stadt seien Migranten, so Aguilà Barril. Sie seien besonders stark vom Zusammenbruch der Baubranche betroffen. Die neue Einwanderungspolitik hält er für einen Versuch, von den eigentlichen Problemen im Land abzulenken. „Es klingt so, als wären die Einwanderer an der Krise schuld“. Dies scheint derzeit in der Tat manch Spanier zu glauben. War man bisher Fremden gegenüber aufgeschlossen, führt die neue Konkurrenz um die Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor wieder zu mehr Fremdenfeindlichkeit.

Ob in Folge der neuen Gesetze oder aufgrund der Krise - 2011 überstiegen die Zahlen der Auswanderungen erstmals seit über 30 Jahren die

der Einwanderungen. Besonders Arbeitsmigranten aus dem Osten Europas, aber auch aus Lateinamerika zog es wieder in ihre Heimat zurück. Die Zahl der Bootsflüchtlinge aus Nordafrika lag allerdings höher als noch im Jahr 2010. „Solange sich in unseren Herkunftsländern nichts ändert, werden die Menschen weiterhin kommen“, erklärt Mamadou Baldei, der Soziologe aus dem Senegal. Der junge Akademiker hat zunächst in Dakar studiert und konnte dann mit einem Stipendium an die Universität von Grenoble wechseln. Trotzdem verdient er heute sein Geld als einfacher Arbeiter in einer katalanischen Glasfabrik. „Die Leute in Afrika fragen nicht danach, wie hart man arbeitet, um Geld zu verdienen und unter welchen Bedingungen man lebt. Sie sehen nur, dass man bessere Kleidung trägt und schöne Geschenke bringt“, fügt Baldei hinzu. Wer hingegen in Europa gescheitert ist, verschweigt dies zu Hause oft. Und noch immer riskieren Tausende ihr Leben, um das Mittelmeer zu überqueren.

Annika Müller arbeitet als freie Journalistin und lebt in Spanien.